

# „Der Geist des Entwurfs ist obrigkeitsstaatlich“

CSU will gegen Rechtsextreme vorgehen, doch Grüne, FDP und Verdi lehnen geplantes Versammlungsgesetz ab

Von Katja Auer

München – An diesem Freitagabend werden im oberfränkischen Gräfenberg erneut Rechtsextreme aufmarschieren. Zum zwanzigsten Mal innerhalb von 14 Monaten. Und wie jedes Mal werden die Gräfenberger dagegen auf die Straße gehen. Diesmal mit einer Lichtkundgebung. „Wir zerren die Rechtsextremisten ans Licht“, sagt Michael Helmbrecht, der Vorsitzende des Bürgerforums, das sich immer wieder kreative Gegenveranstaltungen einfallen lässt. Innenminister Joachim Herrmann will den Gräfenbergern helfen: Rechtsextreme sollen künftig nicht mehr so einfach paradiere dürfen. Ein neues Versammlungsgesetz, wofür die Länder seit der Föderalismusreform zuständig sind, soll die Aufmärsche erschweren oder gar unterbinden. Dem „braunen Unfug“ wolle er Einhalt gebieten, sagte Herrmann, als der Gesetzentwurf im Kabinett beraten wurde.

Doch was auf den ersten Blick so hilfreich wirkt, stößt auf wenig Gegenliebe. „Da wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen“, sagt Helmbrecht zu den Plänen der Staatsregierung und betont, dass den Gräfenbergern mit dem neuen Gesetz nicht geholfen sei. Er lehnt die „tiefen Einschnitte in die Versammlungsfreiheit“ ab, nicht zuletzt weil er befürchtet, dass auch die Gegenveranstaltungen des Bürgerforums mit Einschränkungen rechnen müssen. Beispielsweise lasse das im Gesetzentwurf vorgesehene „Gebot der Rücksichtnahme“, wonach gewichtige Rechte Dritter nicht eingeschränkt werden dürfen, verschiedenste Interpretationen zu. So könne auch eine Gewerkschaftsdemonstration in der Innenstadt verhindert werden, wenn Geschäftsleute befürchten, dadurch Kundschaft und Umsatz einzubüßen. Helmbrecht fordert die Staatsregierung auf, „der Zivilgesellschaft etwas zuzutrauen“ und sich, statt Gesetze zu verschärfen, lieber für ein Ver-

bot der NPD einzusetzen. Die Grünen-Rechtsexpertin Christine Stahl ist sogar überzeugt, dass es der CSU nur vordergründig um die Beschränkung von Nazi-Aufmärschen geht. Die CSU habe „einen anderen Begriff von Freiheit und Demokratie“. So befürchtet Stahl, dass die Staatsregierung vor allem eine bessere Kontrolle von Demonstranten zum Ziel habe. Die Grünen haben deshalb einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der ein „Versammlungsrecht pur“ enthalte, sagte Stahl. Um die Rechtmäßigkeit des Entwurfs der Staatsregierung überprüfen zu lassen, soll am 8. März eine Anhörung im Landtag stattfinden.

„Der Geist des CSU-Entwurfs ist obrigkeitsstaatlich“, kritisiert auch die bayerische FDP-Vorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. So müssen Ausrichter geschlossener Veranstaltungen künftig den Behörden die persönlichen Daten des Leiters und seiner Ordner mitteilen – daraufhin können sie ab-

gelehnt werden. Auf diese Weise könnten „unliebsame Redner“ ausgeschlossen werden, kritisiert die FDP-Chefin. Außerdem könne die Genehmigungsbehörde mehr als bisher in die Organisation von Veranstaltungen eingreifen.

Die Gewerkschaft Verdi befürchtet eine Einschränkung der Demonstrationsfreiheit, von der auch Streikveranstaltungen betroffen sein könnten. Das „Militanzverbot“, mit dem Herrmann verhindern will, dass ein militanter „Schwarzer Block“ bei linksextremen Veranstaltungen auftritt oder Rechtsextreme in SA-Manier aufmarschieren, kann die Polizei nach Ansicht von Verdi durchaus so auslegen, dass davon auch Demonstranten mit Ansteckern und einheitlichen Schildern betroffen sind. Ein Ministeriumssprecher versicherte dagegen, das Gesetz habe mit Verdi-Demonstrationen „null und nichts“ zu tun. Die Staatsregierung wolle nur rechtsextreme Aufmärsche einschränken.